

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Deebien
Saben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: Ed. G. Göttsch, Dresden,
Bau der Arbeiter, Angereicher
und Feinart, L.-O. Dresden,
Gedruckter Verleger, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt der Leistungen zugewandter Art ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Besizer der Dresdner Volkszeitung keine Änderung auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abzugspreis einschließlich Prämien mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: 2,40 RM, halbjährlich 1,20 RM, vierteljährlich 0,60 RM, monatlich 0,20 RM. Einzelnummer 10 Pf.

Abzugspreis: 10. September Nr. 2361. Einzelnummer nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Abzugspreis: 10. September Nr. 2361 und 1927. Einzelnummer von 12 bis 1 Uhr nachmittags.

Abzugspreis: Grundpreis: Die 30 mm breite Monatsbeilage 2,40 RM, die 10 mm breite Monatsbeilage 1,20 RM, für monatliche Abzüge 0,20 RM, und 2,50 RM. Einzelnummer, Einzel- und Monatsbeilage 10 Pf.

Nr. 192

Dresden, Freitag den 17. August 1928

39. Jahrg.

Der ostfächliche Protest

Die Entschließung des Bezirksvorstandes

Der Bezirksvorstand der SPD für Ostfachsen nahm in einer Sitzung am Donnerstag nachmittags Stellung zu der durch den Panzerkreuzerbeschluss des Reichstages geschaffenen Lage. Nach kurzer Aussprache wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett zu dem Bau des Panzerkreuzers A ist eine unangelegliche, mit den Interessen und der Auffassung der Reichstagsfraktion und der Gesamtpartei nicht in Einklang zu bringende Handlung, gegen die entschieden Protest eingelegt werden muss.

Sie ist um so unverständlicher, als sie auch in Widerspruch steht mit der Resolution, die zu gleicher Zeit der Internationale sozialistische Kongress in Brüssel in Bezug auf die Militär- und Aufrüstungsfrage fasste.

Die „Gründe“, die parteiliche und halbamtlich von Regierungssicht für das Verhalten der sozialistischen Minister angeführt werden, sind in keiner Weise stichhaltig. Sie kompromittieren die sozialdemokratische Partei nur noch mehr.

Der Ratsbeschluss zum Panzerkreuzer ist um so schärfer zu verurteilen, als die Erfüllung des Reichstagsbeschlusses zur Vermeidung der Kriegserklärung vom Juli 1928, soweit es sich um die verbotene Verlängerung der Aufrüstungsperiode von 26 auf 30 Wochen handelt, ausgeschlossen ist.

Die Verabschiedung der Reichstagsfraktion eine ihre Stellungnahme, die eine Mitverantwortung der Partei für die Bewilligung der ersten Rate zum Panzerkreuzer A ausschließt, gleichzeitig aber die Bewilligung der weiteren Raten für den Kreuzer A und die Kreuzer B, C, D verhindert.

Die Reichstagsfraktion hat sofort die Einberufung des Reichstages zu verlangen, damit eine Entscheidung des Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers herbeigeführt werden kann. Hält die Mehrheit des Reichstages an dem Bau des Panzerkreuzers fest, so hat die sozialdemokratische ihre Vertreter aus der Regierung zurückzuziehen.

Wir fordern, dass eventuell ein außerordentlicher Parteitag zur schnelleren Klärung des Falles einberufen wird.

Die Kundgebung der Funktionäre

Der oben wiedergegebene Beschluss lag dann abends der Versammlung der Funktionäre vor, die von der SPD Ostfachsens nach dem großen Trianonabend einberufen worden war. Der Saal war überfüllt. Immer mehr Stühle wurden herbeigebracht, und doch mangelte ein Teil der erschienenen Funktionäre den Verhandlungen. Ueber laufend Parteigenossen und -genossinnen befanden durch angelegte Aufmerksamkeit die ständige Interesse für die letzten politischen Vorgänge.

Genosse Wedel eröffnete mit einem ehrenvollen Nachruf auf den verstorbenen Genossen Julius Eggert die Versammlung, den diese stehend anbot. Dann verwies er mit kurzen Worten auf die Bedeutung der heute zur Behandlung stehenden Fragen. Der unerhörte Beschluss der Reichsregierung in der Panzerkreuzerfrage sei für die Partei antragbar; gegen ihn gelte es, die Massen zu mobilisieren. Hierauf erteilte Genosse Wedel dem Genossen

Siegfried Aufhäuser, Berlin.

Das Wort. Genosse Aufhäuser machte etwa folgende Ausführungen: Der Monat August scheint eine besonders unglückliche Veranlassung für die Arbeiterbewegung zu haben. Neben dem unvermeidlichen 4. August des Jahres 1914 ist nun der 10. August, der Tag des Panzerkreuzerbeschlusses, als ein schwarzer Tag für die deutsche, ja die internationale Arbeiterbewegung getreten. Dieser Beschluss, den Panzerkreuzer A zu bauen, musste bei jedem denkenden Arbeiter, weil er die Ursache der Parteigenossenschaft hinaus, katastrophal wirken, er hat viele unserer Wähler, insbesondere alle die, die uns aus Kriegsgenossenschaft ihre Stimme gaben, aufs tiefste empört. Die gleiche Empörung, die wir gegen den Reichstag selbst empfinden, regt uns auch

gegen die Mehrheit, wie dieser Beschluss zustande gekommen ist. Wenn die Arbeiterbewegung, die ja im heutigen Parlament nur eine Minderheit ist, eine Niederlage im politischen Kampf erleidet, so ist das natürlich bedauerlich, aber niemand würde das als eine Schande empfinden. Hier ist das Schlimme, dass ohne unsere Zustimmung in einer entscheidenden politischen Frage eine Schlacht verloren worden ist, ehe sie überhaupt begonnen hatte. Kampflust haben die sozialdemokratischen Minister wichtige Forderungen der Arbeiterbewegung preisgegeben. Warum hat man nicht die Forderung der 155 aus Feld gerufen, warum sich nicht so wie über dem Willen der Wähler gewandt, die so eindeutig ihre Meinung kundgeben hätten? Genoss sind wir im Gegensatz zu den Kommunisten der Meinung, dass das Parlament nicht nur eine Entscheidungsinstanz ist; dazu ist heute die Lage der Arbeiterklasse viel zu ernst. Aber es ist ebenso verhängnisvoll, das Parlament vom sozialen Klassenkampf loslösen zu wollen, mit dem es im Gegensatz auch heute verbunden bleiben muss.

Auch parlamentarische Kämpfe sind nur ein Stück Klassenkampf,

und immer müssen sich unsere Vertreter im Parlament und in

der Regierung als Vertrauensleute des kämpfenden Proletariats fühlen.

Gegen dieses oberste Gesetz haben unsere Minister verstoßen, und deshalb ist unsere Empörung so groß. Wir begrüßen diesen Jörn der Arbeiterbewegung, weil er uns bei allem Schmerz über die gegenwärtige Situation zeigt, dass das Vertrauen des Proletariats in die Arbeiterbewegung selbst nicht verlorengegangen ist. Dieser Umwille ist so intensiv und so allgemein, dass sich ihm diesmal keine Körperschaft der Partei widersetzen kann. Es ist ein allgemeines Abrücken, niemand verteidigt die vier Minister. Und wir müssen mit vollster Offenheit über diese Dinge sprechen, auch wenn es gegen alle Parteigenossen geht, weil ja nur durch restlose Offenheit das verlorene Vertrauen wiedergewonnen werden kann.

Manche Genossen glauben, dass es eben so kommen musste, weil wir in einer Koalition sind. Ich glaube das nicht. Nach den Wahlen vom 20. Mai hätten unsere Minister durchaus die Möglichkeit gehabt, die politische Führung zu übernehmen und nicht ein Anhänger der Bürgerlichen zu werden. Sie haben aber die politische Führung den anderen überlassen, und das ist nicht zu entschuldigen. Man muss in einer Regierung dieselbe Politik treiben wie draußen, und natürlich auch entschlossen sein, herauszugehen, wenn sich das als unmöglich herausstellt. Um solche Vorkommnisse, wie wir sie jetzt erlebt haben, ein für allemal zu verhindern, müssen klare Richtlinien aufgestellt werden, gleichgültig, ob wir an der Regierung beteiligt oder in der Opposition sind. Der Druck der Reaktion muss ständig hinter den Rücken der bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden, wie wir an den Beispielen des Verfassungsvorganges (auf den ich gleich feinen abdrücken Wert lege), der Lohnsteuer und der Kriegsvorsorge, deren Verbesserung ja mit den Stimmen der Kommunisten gegen

den Willen der Volkspartei beschlossen wurde, deutlich gesehen haben.

Der Kampf braucht also auch bei einer Regierungsbeteiligung nicht aufzuhören, und er darf es natürlich auch nicht. Warum ist es beim Panzerkreuzer nicht so gemacht worden, warum hat man nicht Fraktion und Partei an diesem Kampfe beteiligt? Das sind die Fragen, die wir unseren Ministern stellen. Wenn sie uns darauf antworten, dass sie auch mit den bürgerlichen Ministern rechnen müssten, so werden wir ihnen antworten, dass sie lieber mit ihnen abrechnen sollen. Das ist allerdings nicht möglich, wenn man nur hinter verschlossenen Türen verhandelt, wobei man die Frage stellen muss,

ob so etwas überhaupt noch parlamentarisches System genannt werden kann.

Jede Koalition ist ein Experiment, das aber nur dann hat, wenn man versucht, durch die Koalition den Staatsapparat den Bedürfnissen der Arbeiterbewegung nach Möglichkeit anzupassen, den Kampf der Arbeiterklasse, der natürlich weitergeht, zu erleichtern. Eine der wichtigsten Aufgaben wäre also Reform der Verwaltung. Bei dieser Regierung vermischen wir aber die Ernennung von Sozialisten zu Beamten, so wie es umgekehrt die Sozialdemokraten gemacht haben. Unsere Minister haben vergessen, das Wahlergebnis vom 20. Mai in unserem Sinne auszuwerten. Dafür muss die Partei von ihnen Rechenschaft fordern.

Wenn wir so über diese Dinge sprechen, so müssen wir allerdings auch erwähnen, dass in Deutschland

Koalitionen längst überflüssig wären, wenn nicht die Kommunisten die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zerstört hätten

und nach wie vor alles täten, um es nicht zur Vereinhaltung der Bewegung kommen zu lassen. Ich verweise nur darauf, dass diese Partei ja nicht etwa unseren Parteivorstand und irgendwelche Genossen des rechten Flügels bekämpft, sondern gerade uns linke Sozialisten, speziell die sächsischen, die wir die Partei im Sinne des Klassenkampfes reformieren wollen!

Kommen wir zurück auf das Vorgehen der Regierung. Der große Fehler ist, dass man geglaubt hat, diese ganze Angelegenheit

Achtung! Spaltungsmanöver!

Kommunistische Parolen über das Panzerschiff

Aus der kommunistischen Presse tönt heftiges Geschrei. Man sieht und hört im kommunistischen Lager, dass die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ernsthaft diskutiert, ob der Beschluss des Reichskabinetts über den Panzerkreuzer sich innerhalb der Grenzen der Konzeption bewegt, die für die Sozialdemokratie in einer Regierungskoalition noch erträglich sind. Aufgerollt laufen die kommunistischen Funktionäre und Zeitungsmacher hin und her: Da ist vielleicht ein Geschäft zu machen. Also Parolen her, Parolen gegen die Sozialdemokratie! Schlemmst den Befehl Bukharins, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu beschleunigen, in die Tat umzusetzen! Pro Stunde mindestens eine Parole, pro Zeitungseite ein halbes Dutzend.

Eröffnung der neuen Kriegspolitik durch die Sozialdemokratie! Außerparlamentarische Mobilisierung der proletarischen Einheitsfront gegen die Kriegsvorbereitung durch die SPD-Minister gegen die Truppkapitalisten! Das sind die Hauptparolen, die die kommunistische Presse jetzt verbreitet.

Neue Kriegspolitik der SPD? Man merkt das Taschenspielertrick. Das Geschrei der Kommunisten über sozialdemokratische Kriegspolitik erinnert fatal an das hysterische Geschrei der französischen Nationalisten über deutsche Rüstungen und deutsche Kriegspläne. Es ist genau so verlogen wie das Geschrei der französischen Nationalisten. Die Kommunisten suchen trotzdem den Anschein zu erwecken, als handle es sich u. a. um den Beginn eines Wettrennens mit Sowjetrußland. Nein, um alles andere handelt es sich, nur um das nicht. Selbst die deutsche Bourgeoisie könnte sich, wenn sie selbst wollte, nicht den Luxus des Wettrennens mit den sowjetrussischen Schlachtschiffen leisten; denn Deutschland ist abgerüstet, und Sowjetrußland gehört zu den Mächten, die über ein starkes Meer und über eine starke Flotte verfügen.

Neue Kriegspolitik der SPD? Wo bleibt dann die Kriegspolitik der Sowjetregierung? Ist es nicht Kriegspolitik, wenn die Kommunisten täglich für die Stärkung der Roten Armee und der Roten Flotte eintreten?

Was war es denn, als die Sowjetregierung der deutschen Reichswehr Granaten und Munition lieferte und die kommunistische Partei ihren Parteiapparat in Bewegung setzte, um diese Lieferungen vor der Öffentlichkeit zu verbergen? Was war es, als die Sowjetregierung sich von deutschen Sachverständigen Angewandte und Giftgasfabriken bauen ließ? Was das nicht alles Kriegspolitik? Gibt nicht Sowjetrußland gewaltige Summen für Meer und Flotte aus, während die Arbeiter in den russischen Städten hungern? Spielt nicht die Führung der kommunistischen Internationale mit dem Geier eines kommenden Weltkrieges?

Wahrhaftig, diese Leute, die ihre ganze parteipolitische Hoffnung auf einen kommenden Weltkrieg gesetzt haben, die gehorchen jeder Schwärzung der russischen Kriegspolitik nachfolgen müssen, haben kein Recht, im Namen des Friedens gegen die Panzerschiffe zu protestieren!

Ein unmöglicher Volkentscheid

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschloß am Donnerstag, alle Schritte zur schleunigen Durchführung eines Volkentscheides über den Panzerkreuzer A einzuleiten, und beauftragte die kommunistische Reichstagsfraktion, sofort alle vorbereitenden Maßnahmen für ein Volksabstimmungsverfahren zu treffen.

Die verfassungsmäßige Lage zu diesem Beschluß ergibt sich aus Artikel 73 der Reichsverfassung. Dort heißt es:

„Ueber den Haushaltplan, über Abgabengesetze und Befehlsverordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volkentscheid veranlassen.“

Die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers A ist vom Reichstag nicht durch einfaches Gesetz, sondern im Rahmen des Haushaltgesetzes für 1928 bewilligt worden. Ein Volkentscheid gegen dieses Gesetz kann nach Artikel 73 der Reichsverfassung nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden. Was wollen also die Kommunisten? Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich die Reichsverfassung vor ihrem Beschluß nicht angesehen haben. Wenn sie trotzdem beschließen, ein Volksabstimmungsverfahren zu beantragen und einen von vornherein aussichtslosen Schritt zu tun, so kann das keinen anderen Zweck haben, als die unerfreuliche Panzerkreuzer-Affäre zu einem üblichen parteipolitischen Geschäft für die SPD zu gestalten. Die ganze sozialdemokratische Partei muß gegen dieses Manöver geschlossen Front machen!

Eine leere Demonstration

Berlin, 17. August. (Sig. Funkspruch.)

Wir hatten erwartet, daß wenigstens in der heutigen Morgenausgabe der Roten Fahne nähere Angaben darüber enthalten sein würden, wie die Kommunisten ihren Antrag auf ein Volksabstimmungsverfahren mit der Verfassung in Einklang bringen und mit Erfolg durchbringen wollen. Statt dessen vernimmt man nichts als die alltäglichen Redensarten von der Notwendigkeit einer Massenaktion gegen die Trup-Regierung. Wenn Wort ist darüber zu finden, ob die Aktion verfassungsgemäß überhaupt möglich ist oder auch nur den geringsten Erfolg verspricht.

Der Formars neunt den Beschluß der kommunistischen Parteizentrale „Eine leere Demonstration“ und führt fort: Politisch bedeutet dieser Beschluß die Einleitung einer sogenannten „Einheitsfrontkampagne“ — will sagen eines der längst bekannten Spaltungsmanöver der SPD. Man liest in der Roten Fahne: Außerparlamentarische Mobilisierung in dieser proletarischen Einheitsfront gegen die Kriegsvorbereitungen der SPD-Minister des Trupkapitals. Man liest von Rüstungen gegen die Sowjetunion, von Verdröhung der Sowjetunion durch den 1000-Tonnen-Panzerkreuzer, dessen herbeiziehende Merkmale keine militärische Indizien sind. Wenn dieser Panzerkreuzerbau Kriegsvorbereitung gegen Sowjetrußland ist, was war es, als die Sowjetregierung der Reichswehr Granaten lieferte und der kommunistische Parteiapparat zur Vereinhaltung in Bewegung